IMT Nuremberg Archives

H – 3209

International Court of Justice

H3209 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 22 July 1948

I certify that Document Number EC-611 was introduced into evidence as Exhibit Number USA-622 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3209 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document EC-611 No. USA-611 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the OCCWC Evidence Library, Palace of Justice, Nuremberg.

Nuremberg, 15 July 1948

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN
General Secretary
International Military
Tribunal

H3209 – 0004

Das deutsche Landvolk und seine Organisation, der Reichsnährstand, haben in den letzten zwei Jahren bewiesen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind, obgleich die Voraussetzungen für die Arbeit immer schwerer wurden. Noch stehen wir erst in der Mitte des Vierjahresplanes. Noch werden sachliche Erleichterungen nennenswerter Art uns nicht zuteil werden können. Trotzdem gilt es, genau wie in der Vergangenheit so zu handeln, als wenn das Schicksal der Nation von uns allein abhinge. So wie der Führer nur Deutschland sieht, wollen auch wir nur Deutschland sehen und deshalb zum fünften Male zur Erzeugungsschlacht antreten. Ich weiß, daß dieser Angriffsbefehl an alle Frontsoldaten der Erzeugungsschlacht ergeht, die sich keinerlei Illusionen hingeben über die Schwierigkeiten, welche ihnen entgegentreten werden. Aber wie man von einer auserlesenen Fronttruppe die Durchführung von Angriffen erwarten darf, welche man einer schön aussehenden Paradetruppe gar nicht erst zumuten kann, so weiß ich, daß ihr mit dem verantwortungsbewußten Trotz eines alten Frontkämpfers der Erzeugungsschlacht auch nunmehr wieder die Parole zum Weiterführen der Erzeugungsschlacht entgegennehmt. Ich weiß, daß manches Schöne im Aussehen der Truppe zukünftig zurücktreten wird gegenüber den Härten, die der Frontkampf der Erzeugungsschlacht von jedem einzelnen fordert. Aber darauf kommt es auch gar nicht an. Und wenn das deutsche Landvolk und insbesondere seine Bauernführer aussehen werden wie die Grasteufel, entscheidend allein wird doch nur sein, ob wir uns in diesen geschichtlichen Jahren bewähren werden oder nicht. Nur an diesem Maßstab wird uns die Geschichte messen und an nichts sonst. Uns kann es gleichgültig sein, ob dieser oder jener Zeitgenosse unseren Idealismus verstehen wird oder nicht. Denn wir tragen im Herzen die Zuversicht, daß wir unter Adolf Hitler an vorderster Front für Deutschland kämpfen und für Ideale, die uns Adolf Hitler verkündet hat. Wir glauben an Adolf Hitler, und deshalb kämpfen wir für ihn bis zum letzten Atemzuge.

120. Rede des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über „Finanzwunder" und „Neuen Plan" vor dem Wirtschaftsrat der Deutschen Akademie zu Berlin vom 29. November 1938.[1])

Seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus hat die ausländische Kritik auf wirtschaftlichem Gebiet insbesondere immer zwei Argumente gegen Deutschland angeführt. Das erste war, daß die deutschen Finanzen sich in heilloser Weise entwickelten und in kürzester Frist zu einem Zusammenbruch führen müßten, und das zweite, daß Deutschland an der Schrumpfung seines Außenhandels, an der Abschnürung vom Weltmarkt und an seinen autarkischen Bestrebungen Schiffbruch leiden werde. Erst seit einiger Zeit, nachdem man lange genug auf den Zusammenbruch vergeblich gewartet hatte, fängt man an,

[1]) Nach dem Sonderdruck der Reichsbank.

094361

H3209 – 0005

sich selbst zu berichtigen, und spricht nun manchmal in etwas neiderfüllter Sprache von dem Finanzwunder, das man in Deutschland aufgebaut habe, und von den handelspolitischen Errungenschaften des sogenannten Neuen Planes. Das Schlagwort von dem deutschen Finanzwunder hat sogar einen ausländischen Journalisten zu einer Biographie über meine Person begeistert, in der er Schacht als einen Zauberer hinstellt.[1]) Und die Schachtsche Handelspolitik des Neuen Planes bildet den ständigen Alpdruck aller bloßen Meistbegünstigungsfanatiker des Auslandes, die aus der Fülle ihres Reichtums heraus nicht begreifen können, daß eine arme Nation trotzdem den Mut hat, nach eigenen Gesetzen zu leben, statt daß sie nach den Rezepten der Wohlhabenden leidet. Die widerwillige Anerkennung unserer neuen wirtschaftspolitischen Methoden hat dann auch im Inlande weitere Erklärungen und Verteidigungen nach sich gezogen, wobei es mir wohl passiert ist, daß ich meine beiden Kinder manchmal gar nicht wieder erkannt habe. Freilich ist es ja richtig, daß man in der Zeit des Gestaltens nicht gerade über alle Einzelheiten sich auslassen kann und manchmal in den inneren Begründungen dem Außenseiter unverstanden bleiben muß, weil allzuviel Reden die Tat gefährdet. Nachdem nun aber die Dinge eine fertige Form angenommen haben, glaube ich, daß es unbedenklich und nützlich ist, wenn ich mich als Urheber einmal selbst öffentlich zu diesen beiden Fragen äußere. Man wird dann sehen, daß von Zauberei oder Künstelei nirgends die Rede sein kann, daß vielmehr das Gelingen der beiden Aufgaben in sehr einfachen, klaren Grundgedanken begründet war.

Dabei gestehe ich dem Auslande gerne zu, daß es schwierig ist, den Aufstieg, den Deutschland seit dem nationalsozialistischen Umbruch erlebt hat, zu begreifen, wenn, wie es bei unseren Gegnern der Fall war, keinerlei Verständnis für die unerhörte Unterdrückung, Entrechtung und wirtschaftliche Not vorhanden war, die wir vor 1933 erleben mußten.

Der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft nach Versailles gipfelte in der Kreditkrise von 1931.[2]) Sie wurde ausgelöst durch den Run unserer Auslandsgläubiger, die am liebsten den ganzen Schuldenbetrag von nicht weniger als 25 Milliarden Reichsmark mit dreimonatiger Kündigung zurückgefordert hätten. Der Bruchteil, der tatsächlich transferiert wurde, war noch groß genug, um unsere Wirtschaft zu zerschlagen. Jeder Kreditverkehr hörte auf, der Zahlungsverkehr mußte empfindlich eingeschränkt werden, sämtliche Großbanken erwiesen sich als sanierungsbedürftig, eine sogar als sanierungsunfähig,[3]) die Zinssätze erreichten eine irrsinnige Höhe, die Konkurse stiegen sprunghaft an. Jeder einzelne Zusammenbruch löste zwangsläufig eine Kette neuer Zahlungseinstellungen aus, und so standen bald ganze Wirtschaftszweige, unter ihnen

[1]) N. Mühlen, Der Zauberer. Leben und Anleihen des Dr. Hjalmar Horace Greeley Schacht (Zürich 1938).

[2]) 13. Juli 1931.

[3]) Die Danatbank.

1 094362

H3209 – 0006

vor allem die Landwirtschaft, vor dem Ruin. Die Lage der öffentlichen Finanzen wurde hoffnungslos, jede Steuererhöhung brachte nur einen Einnahmerückgang. Alle diese Zerfallserscheinungen in der Wirtschaft fanden ihren zwangsläufigen Niederschlag in einem beispiellosen sozialen Elend. Den erschütterndsten Beleg dafür bilden die Zahlen der Arbeitslosigkeit, die im Winter 1932/33 die 6-Millionen-Grenze überschritt[1]) und mit der unsichtbaren Arbeitslosigkeit an 7 Millionen heranreichte. Wenn man dazu noch bedenkt, daß seit 1926 die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt nie unter 1,3 Millionen gefallen war und daß sie 1930 bereits über 3 Millionen betrug, so bedarf es keines weiteren Beweises dafür, daß eine derartige Dauer- und Massenarbeitslosigkeit eine politische Gefahr allerersten Ranges bedeutete.

Wenn der damalige Staat nicht imstande war, gegen dieses Unheil etwas Durchgreifendes zu unternehmen, so lag es daran, daß er in Partei- und Interessentengruppen zerfiel und in gestaltungsunfähige Methoden des Parlamentarismus verstrickt war. Eine fatalistische Ergebung in ein als unvermeidlich angesehenes Schicksal kennzeichnete die staatliche Politik. Sie fand eine Art wirtschaftlicher Rechtfertigung in der weitverbreiteten Lehre der klassischen Nationalökonomie von den Selbstheilungskräften, die in jeder Krise schlummern und auf natürlichem Wege zur Geltung kommen sollten. Die Handhabung dieser Lehrmeinung war so wirklichkeitsfremd, so verrannt in rein mechanisches Denken, so bar jeden Gefühls für Ursachen und Größenordnungen, daß das Ergebnis ein Musterbeispiel bildet für eine Wirtschaftspolitik, wie sie nicht sein soll. Schon ein flüchtiger Blick zeigt, daß die Krise von 1931 mit den Vorkriegskrisen überhaupt nicht verglichen werden kann. 1908 hatte Deutschland ein Auslandsvermögen von 25 Milliarden Mark, 1931 ebensoviel Auslandsschulden; 1908 waren ein paar Prozent der Erwerbsfähigen arbeitslos, 1931 nahezu ein rundes Drittel. Zwischen 1905 und 1908 stiegen die Zahlungseinstellungen um 21 Prozent, zwischen 1928 und 1931 um 95 Prozent. Die Ursachen der Wirtschaftskrisen vor dem Weltkriege waren nahezu immer in dem wirtschaftlichen Ablauf begründet, der von Ernteschwankungen, technischen Errungenschaften, menschlichen Fehlkalkulationen und dergleichen beeinflußt wurde. Die Wirtschaftskrise von 1931 indessen war nichts anderes als der wirtschaftliche Schlußstrich unter sinnlose politische Gewaltmaßnahmen, die jede normale wirtschaftliche Entwicklung auf den Kopf stellten. Nicht die Wirtschaft hatte versagt, und am wenigsten die deutsche, versagt hatte die Politik der Siegermächte von Versailles. Infolgedessen konnte auch nicht die Wirtschaft helfen, sondern nur die Politik. Sie half Deutschland mit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus.

Die nationalsozialistische Regierung zögerte nicht einen Augenblick mit ihren Maßnahmen für die Wiederankurbelung der Wirtschaft, und dabei ist es sehr

[1]) Höchststand am 15. Februar 1933 mit 6 047 289 gezählten Arbeitslosen.

A 094363

H3209 – 0007

interessant festzustellen, daß der Nationalsozialismus nirgends nach einem vorgefaßten theoretischen Wirtschaftsprogramm gehandelt hat. Da ich seit Ende des Jahres 1930 in persönliche Verbindung mit den führenden Männern des Nationalsozialismus getreten war, so bin ich Zeuge gewesen, wie der Führer immer wieder die mannigfach auftauchenden Versuche, ein detailliertes nationalsozialistisches Wirtschaftsprogramm aufzustellen, zurückgewiesen hat und bei der weltanschaulichen Fundierung des Parteiprogramms geblieben ist. 1933 trat deshalb an die Stelle der wirtschaftlichen Deklamation sofort die wirtschaftliche Aktion. Die sogenannten Konsumfinanzierungsideen, die zuerst viel von sich reden machten und die die wahllose Verteilung eines staatlich ausgestreuten Geldsegens im Sinne hatten, wurden restlos beiseite gelegt. Damit wurden die Fehler vermieden, die wir heute in der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreichs gesehen haben und die zeigen, wie nahe Deflationskrise und Inflationskrise beieinander liegen. Es wurde statt dessen von vornherein alle staatliche Hilfe auf die Steigerung der Produktion verwandt, zunächst in einem sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogramm durch Kredithilfe für Instandsetzungen, Reparaturen und dergleichen[1]) und danach durch das große, ständig ausgedehnte Rüstungsprogramm. Die Größe dieses Programms und des in Angriff genommenen Autostraßenbaus ließ sehr rasch erkennen, daß diese beiden Aufgaben allein die Wiederingangsetzung aller brachliegenden Arbeitskräfte bewirken würden, so daß die sonstigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sehr bald überflüssig wurden.

Selbstverständlich konnte dieses ganze Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungsprogramm nur von Staatsseite in Gang gesetzt werden und nur mit Hilfe einer großzügigen Finanzierung. Für diese Finanzierung waren keinerlei verfügbare Kapitalien vorhanden. Vielmehr mußte hier mit der Geldschöpfung nachgeholfen werden. Die klassische nationalökonomische Theorie gestattet eine Geldschöpfung nur dann, wenn die in der Wirtschaft umlaufenden Güter sich bereits vermehrt haben, sie verbietet dagegen eine Produktionsfinanzierung und vor allem eine sprunghafte Kreditausweitung. Diese Theorie ist nur in der freien ungesteuerten Wirtschaft, die den klassischen Nationalökonomen als Erkenntnisquelle diente, richtig. In einer solchen ungesteuerten Wirtschaft muß eine starke Geldvermehrung zu Preis- und Lohnsteigerungen und damit zu Spannungen führen, die im Endergebnis eine Wirtschaftskrise auslösen. Mit dem Nationalsozialismus aber kam über Deutschland die in weitestem und mit der Zeit immer steigendem Umfange staatlich gelenkte Wirtschaft, die es ermöglichte, Preis- und Lohnsteigerungen zu verhindern. Damit entfiel eines der Hauptbedenken gegen die Produktionsfinanzierung durch Kredit. Und so wurde das Kreditgeld dazu verwandt, um eine größere Gütermenge zu erzeugen, und es verblieb nur noch

[1]) Vor allem durch das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 (Dokumente der deutschen Politik Bd. 1, Dok. 71).

A 094364

H3209 – 0008

die Aufgabe, die Grenze festzustellen, bis zu welchem Betrage die Geldschöpfung gehen konnte. Denn staatliche Geldschöpfung trägt immer die Gefahr des Übermaßes in sich, die zu inflationistischen Erscheinungen führt. Es kam nicht nur darauf an, daß das neugeschaffene Geld durch neugeschaffene Güter an sich gedeckt wurde, sondern es kam auch auf die Art der erzeugten Gützr an. Auf eine einfache Formel gebracht, stellt sich das Problem folgendermaßen dar: Das für Rüstungszwecke bereitgestellte Kreditgeld erzeugt auf dem Wege über Lohn- und Gehaltsauszahlungen eine Nachfrage nach Konsumgütern. Die Rüstungsfabrikanten aber liefern militärische Güter, die zwar erzeugt, aber nicht umgesetzt werden. Daraus ergeben sich zwei Konsequenzen: erstens, es muß dafür Sorge getragen werden, daß neben der Rüstungsfabrikation eine Konsumgütermenge erzeugt wird, die für das Leben der Bevölkerung einschließlich aller für die Rüstung Arbeitenden ausreicht, und zweitens, je weniger konsumiert wird, um so mehr Arbeit kann auf die Rüstung verwendet werden, je höher dagegen der Konsum steigt, um so mehr Arbeitskräfte müssen der Konsumgütererzeugung belassen werden. Lebenshaltung und Rüstungsausmaß stehen also in einem gegenläufigen Verhältnis zueinander. Je weniger ich verbrauche, um so mehr spare ich, und je mehr ich spare, um so mehr kann ich in die Rüstung hineinbauen. Das bedeutet, daß die Rüstung endgültig nicht durch Geldschöpfung, sondern nur durch Ersparnisbildung finanziert werden kann.

Als mich der Führer zur Unterstützung der Arbeitsbeschaffungs- und Rüstungsfinanzierung wieder an die Spitze der Reichsbank berief,[1]) war ich mir über diese Zusammenhänge völlig klar, da ich in jahrzehntelanger Wirtschaftsarbeit gelernt hatte, das Tauschmittel Geld von dem Produktionsmittel Sparkapital zu unterscheiden. Es war mir aber ebenso klar, daß ich erst eine Brücke zu diesem normalen Finanzieren durch Ersparnisse schlagen mußte; denn unsere Steuereingänge waren auf ein Minimum gesunken, und unser Kapitalmarkt war leer. An diesem Zustand konnte sich solange nichts ändern, als die Wirtschaft auf ihrem Tiefstand verharrte. Infolgedessen war der einzig richtige Weg der, daß die Notenbank die zur Arbeitsbeschaffung und Aufrüstung erforderlichen Kredite vorerst zur Verfügung stellte, und zwar solange, bis die Wirtschaft wieder Erträge abwarf, die eine ausreichende Ersparnisbildung und Konsolidierung ermöglichten. Erst dann konnte – dann mußte aber auch – auf die Finanzierung durch Steuern und Anleihen übergeleitet werden. Auch darüber war sich die Reichsbank im klaren, daß sie die wirtschaftsankurbelnden Kräfte zwar auslösen, aber nicht allein ohne den Staat beherrschen kann. Sie hat das Risiko einer Kreditausweitung, die von vornherein auf Milliardenbeträge abgestellt war, trotzdem übernommen, weil sie die Gewißheit hatte, in ihrer obersten Aufgabe des Währungsschutzes die vollste Unterstützung des gesamten Staatsapparates zu finden.

[1]) Am 16. März 1933.

A 094365

Die zahlreichen Maßnahmen, die in der Folgezeit in engster Zusammenarbeit aller zuständigen Stellen getroffen wurden, haben sämtlich den Sinn gehabt, den Ablauf der Kreditausweitung zu kontrollieren, ein Auseinanderklaffen zwischen Geld und Güterseite zu verhindern und überschüssige Gelder in Rüstungsanleihen festzulegen. Je nach ihrem Ansatzpunkt zerfallen diese Maßnahmen in zwei Gruppen. Die erste Gruppe trägt rein kredit- und finanzpolitischen Charakter. Hierher gehören die gesamte Finanzpolitik, die Zinssenkung, die Anleihestockgesetzgebung, die Bankenüberwachung, die dauernde Geldmarktabschöpfung durch die Solawechsel der Golddiskontbank und als wichtigstes die Emissionskontrolle. Ich hebe diese letztgenannte viel angefeindete Maßnahme deswegen besonders heraus, weil es zur Sicherung der Währung und zur Aufrechterhaltung des Zinsniveaus noch auf lange Zeit hinaus unerläßlich sein wird, die sich am Kapitalmarkt ansammelnden Mittel weitestgehend auf die Finanzierung von Rüstung und Vierjahresplan zu konzentrieren. Die zweite Gruppe von Maßnahmen, auf die die Reichsbank größtes Gewicht legen mußte, umfaßt die direkten Einwirkungen auf die Preis- und Lohngestaltung, die dem Reichskommissar für die Preisbildung[1]) und den Treuhändern der Arbeit übertragen sind. Sie sollen den Druck, der sich trotz der kredit- und finanzpolitischen Kontrolle durchzusetzen versucht, unmittelbar abfangen und damit unsere Währung vor dem wechselseitigen Ansteigen der Preise und Löhne schützen, das mit Recht für das Kennzeichen einer Inflation gilt. Aus dieser Wichtigkeit ergibt sich ganz von selbst, daß die Preis- und Lohnkontrolle solange aufrechterhalten und notfalls sogar verstärkt werden muß, bis eine ausreichende Konsolidierung der kurzfristigen Rüstungskredite aus dem Kapitalmarkt erfolgt sein wird.

Das Zusammenspiel aller genannten Maßnahmen hat die Aufrechterhaltung der deutschen Währung bisher bewirkt. Das Frühjahr 1938 bedeutet einen Einschnitt in unsere Finanzierungspolitik, weil mit ihm die deutsche Wirtschaft den Zustand der Vollbeschäftigung erreicht hatte. Sobald aber eine Volkswirtschaft die letzten vorhandenen Arbeitskräfte und alle verfügbaren Materialien eingesetzt hat, wird jede weitere Kreditausweitung nicht nur sinnlos, sondern schädlich. Dann kann nämlich neu geschaffenes Geld keine neue Gütererzeugung mehr auslösen, sondern lediglich die Konkurrenz um die vorhandenen Arbeitskräfte und Rohstoffe entfesseln; und eine solche Konkurrenz muß über alle staatlichen Überwachungsmaßnahmen hinweg die Preise und Löhne in die Höhe treiben. Nun ist natürlich der Begriff der Vollbeschäftigung dehnbar. Eine so große Volkswirtschaft wie die deutsche wird immer noch gewisse Arbeitsreserven mobilisieren und gewisse Rationalisierungserfolge erzielen können. Aber für eine Kreditausweitung im bisherigen Stil war nun kein Raum mehr, und

[1]) Am 29. Oktober 1936 eingesetzt. Vgl. Dokumente der deutschen Politik Bd. 4, Dok. 47.

H3209 – 0009
A 094366

H3209 – 0010

daraus haben die verantwortlichen Instanzen die Konsequenzen gezogen. Am 1. April 1938 wurde die Kreditschöpfung der Notenbank eingestellt und die Finanzierung der staatlichen Aufträge nunmehr allein auf den Weg der Steuern und Anleihen verwiesen. Das Instrument der Lieferungsschatzanweisungen vermittelte den Übergang.

Nun ist es allerdings nicht so, daß die Reichsbank damit aus jedem Risiko heraus wäre. Die Reichsbank hat nämlich außer den von ihr selbst gegebenen Krediten ein weiteres getan, indem sie auch sehr erhebliche Mittel des Geldmarktes für die Arbeitsbeschaffung und Rüstungsfinanzierung herangezogen hat. Während man unter dem Kapitalmarkt alle Sparkapitalien zusammenfaßt, die auf längere Zeit für die Produktion zur Verfügung stehen, versteht man unter dem Begriff des Geldmarktes die kurzfristigen, in der Hauptsache als Betriebsmittel dienenden Gelder der Wirtschaft, die nicht als Ersparnisse eine längere Anlage suchen, sondern nur ganz kurzfristig zur Verfügung gestellt werden können, da sie immer wieder für den Betrieb gebraucht werden. Diese Gelder bilden sozusagen die Kasse der deutschen Volkswirtschaft. Für diese kurzfristigen Gelder nun, die für diejenige Zeit, in der sie nicht beschäftigt sind, nach einer wenn auch niedrigen Verzinsung suchen, hat die Reichsbank liquide Anlagen geschaffen dadurch, daß sie teils über die Solawechsel der Golddiskontbank, teils durch direkten Verkauf dem kurzfristigen Geldmarkte Wertpapiere angeboten hat, die seitens der Wirtschaft jederzeit bei der Reichsbank zu barem Gelde gemacht werden können. Hier liegt also eine Verpflichtung der Reichsbank vor, die in Zeiten beengten Geldmarktes eine Anspannung der Reichsbank bewirken kann und gelegentlich auch bereits bewirkt hat, die aber in Zeiten flüssigeren Geldmarktes immer wieder eine Entlastung der Reichsbank herbeiführen muß. Durch dieses sinnreiche System werden auch die kurzfristigen Kassenbestände der deutschen Wirtschaft, die sonst brachliegen oder in andere kurzfristige Anlagen hineingehen würden, für die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung und Rüstung eingesetzt. Auch aus dieser Darstellung ergibt sich, daß neben der Kontrolle des Kapitalmarktes die Zentralüberwachung des Geldmarktes zum Gelingen der Gesamtfinanzierung notwendig war und vorerst auch noch bleiben wird.

Nun wird jeder von Ihnen neugierig sein zu erfahren, um welche Summen es sich bei all dem gehandelt hat und handelt. Es ist selbstverständlich, daß ich Ihnen das nicht verrate. Aber eines möchte ich hier mit allem Nachdruck und ganz offen aussprechen. Die Ziffern, die über die deutsche Gesamtverschuldung im Ausland kolportiert werden, übersteigen erfreulicherweise die wirklichen Schulden ganz beträchtlich, und wenn es einmal wieder, was ich für eine nicht zu ferne Zeit erhoffe, möglich sein wird, die wirklichen Ziffern unserer Gesamtverschuldung zu veröffentlichen, so wird die Welt erstaunt sein, wie so viel an Arbeitsbeschaffung und Rüstung mit so verhältnismäßig wenig an Krediteinsatz hat erreicht werden können.

Auch die Kritik an der Höhe unseres Geldumlaufs, die wir gelegentlich

A 094367

H3209 – 0011

hören, sollte sich etwas bescheidener gebärden. Im Jahre 1929 betrug der gesamte deutsche Zahlungsmittelumlauf rund 5980 Millionen Reichsmark. In der Zwischenzeit hat sich die Bevölkerung des Deutschen Reiches durch den Geburtenzuwachs und durch den Hinzutritt des Saargebietes, des vormaligen Österreich und des Sudetengaues um 14,9 Millionen Menschen erhöht. Daraus ergibt sich, bei gleichem Geldumlauf pro Kopf, eine Summe von 7370 Millionen Reichsmark. Verglichen mit dieser Ziffer beträgt der durchschnittliche Zahlungsmittelumlauf für die ersten zehn Monate des laufenden Jahres rund 7930 Millionen Reichsmark, er ist also nur um 560 Millionen höher im Vergleich zum Jahre 1929. Selbstverständlich hat der Zahlungsmittelumlauf in dem kritischen Monat September d. J. eine starke Zunahme erfahren; diese bleibt aber hinter der Umlaufserhöhung anderer Staaten zurück.

Es ist möglich, daß noch keine Notenbank in Friedenszeiten eine so wagemutige Kreditpolitik getrieben hat wie die Reichsbank seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus. Mit Hilfe dieser Kreditpolitik aber hat sich Deutschland eine Rüstung geschaffen, die der keines anderen Staates nachsteht, und diese Rüstung wiederum hat die Erfolge unserer Politik ermöglicht. Trotzdem haben wir es nicht mit einem Wunder zu tun, wenigstens nicht auf finanziellem Gebiet. Den Erfolg bezeugt neben vielem anderen das Steigen der Steuereinnahmen (1932: 6,6, 1937: 14,0 Milliarden Reichsmark) und der Betrag der ausgegebenen Konsolidierungsanleihen (seit 1934 bis heute[1]) rund 13,5 Milliarden ohne die gegenwärtig[2]) aufliegende Anleihe). Das ist eine Finanzpolitik, die sich sehen lassen kann, aber es ist kein Wunder. Das Wunder liegt auf einem ganz anderen Gebiet. Die politische Grundhaltung unseres Volkes hat sich in den wenigen Jahren seit 1933 wunderbar gewandelt. An die Stelle fatalistischer Resignation ist ein eiserner Wille und ein fanatischer Glaube an die Zukunft unserer Nation getreten. Egoismus und Zwiespalt sind einer straffen nationalen Disziplin gewichen. Statt einer schwachen und schwankenden Staatsleitung regiert heute eine einzige, zielbewußte, tatkräftige Persönlichkeit. Das ist das große Wunder, das sich in Deutschland tatsächlich ereignet hat und das auf allen Gebieten des Lebens, nicht zuletzt auch auf dem der Wirtschaft und der Finanzen, seine Auswirkungen gehabt hat. Es gibt kein deutsches Finanzwunder; es gibt nur das Wunder der Wiedererweckung deutschen Nationalbewußtseins und deutscher Disziplin, und dieses Wunder danken wir unserem Führer Adolf Hitler.

[1]) Über die Anleihen von 1934 bis 1937 vgl. Dokumente der deutschen Politik Bd. 5, S. 343 Anm. 3. Im Jahre 1938 traten dazu noch dreimal 4½prozentige Reichsschatzanweisungen (3.–18. Januar 1938 I. Folge: 1400 Mill. RM.; 19. April bis 4. Mai 1938 II. Folge: 1966 Mill. RM.; 10.–24. Oktober 1938 III. Folge: 1850 Mill. RM.).

[2]) Vom 28. November 1938 bis 9. Januar 1939 wurde die IV. Folge der 4½prozentigen Schatzanweisungen (in Höhe von 1½ Milliarde RM.) zur Zeichnung aufgelegt.

A 094368

H3209 – 0012

Ich wende mich nun dem zweiten großen Fragenkomplex zu, nämlich dem handelspolitischen. Dabei möchte ich eine Bemerkung vorausschicken für meine inländischen Freunde. Es ist für mich manchmal sehr lustig anzusehen, wie unbeschadet aller wirklich geleisteten Arbeit man doch immer wieder nach längst abgetanen Schlagworten bewertet wird. Eines der beliebtesten Schlagworte dabei ist, daß ein Mann wie Schacht ja nur in Geld denken und infolgedessen, um mit Lessing zu sprechen, den allein echten Ring des Nationalsozialismus nicht besitzen könne. Solche Auffassungen berühren deshalb so tragikomisch, weil sie von Leuten ausgehen, die immer nach Geld rufen, gleichzeitig aber erklären, Geld spiele überhaupt keine Rolle.

Die Konzeption des sogenannten Neuen Planes,[1]) den wir jetzt behandeln wollen, beweist genau das Gegenteil des sogenannten Denkens in Geld. Der Neue Plan ist die völlig logische Erkenntnis, daß es mit Geld allein nicht getan ist, sondern daß es lediglich darauf ankommt, welche Güter und wieviel Güter ich mir für Geld leisten kann. Aus bedruckten Bankzetteln kann man weder Kanonen gießen noch Brot backen. Einzig und allein auf die Beschaffungsmöglichkeit ausreichender Gütermengen kommt es an, und wenn man diese Gütermengen nicht selbst erzeugt, so muß man sie irgendwoher im Tausch erwerben. Bei diesem Tausch spielt das Geld nur eine verkehrstechnische Mittlerrolle.

Die erste Feststellung, die nun getroffen werden muß, ist die, daß es eine Reihe von Gütern gibt, die Deutschland nicht oder nicht in ausreichender Menge für seine Bevölkerung herstellen kann. Daß aus diesem Tatbestand das Bestreben entspringt, alle noch nicht erschlossenen Produktionsquellen des Landes nach Möglichkeit zu nutzen, sollte eigentlich selbstverständlich sein. Ein auf Einfuhr angewiesenes Industrieland kann nicht immer mit Sicherheit darauf rechnen, daß es seine Waren, gegen die es andere Waren einführen will, jederzeit im Auslande los wird; denn dem können wirtschaftliche oder politische Krisen im Wege stehen. Das Herumkritisieren an den sogenannten Autarkiebestrebungen erscheint mir deshalb mehr als lächerlich. Die Förderung der eigenen Rohstofferzeugung hat herzlich wenig mit einer Ablehnung des Außenhandels zu tun. Außenhandel ist nicht allein in wirtschaftlichen Notwendigkeiten begründet, sondern auch in kulturellen Austauschbestrebungen. Selbst wenn alle Länder in ihren ursprünglichsten Lebensbedürfnissen autark wären, so würde sich doch darüber hinaus ein internationaler Handel in zahllosen Kulturgütern und in Gebrauchsgegenständen einer fortgeschrittenen Zivilisation entwickeln. Ein Beweis hierfür liegt unter anderem in der Tatsache, daß hochentwickelte Industrieländer untereinander meist regeren Warenverkehr unterhalten als mit primitiveren Wirtschaftsgebieten. Der Handel zwischen Großbritannien und Deutschland war nie so lebhaft als zu der Zeit ihres schärfsten Wettbewerbes auf den internationalen Märkten.

[1]) Am 24. September 1934 in Kraft getreten; vgl. dazu Dokumente der deutschen Politik Bd. 5, S. 352 f.

C94369

H3209 – 0013

Aber Deutschland ist ja nicht autark und wird es niemals auf allen Gebieten werden. Es ist auf die Einfuhr von Lebensmitteln und von Rohstoffen in starkem Maße angewiesen. Die Einfuhr muß mit Devisen, das heißt mit ausländischen Zahlungsmitteln, bezahlt werden. Diese ausländischen Zahlungsmittel besitzen wir nicht, wir können sie uns lediglich durch die Ausfuhr unserer Waren verschaffen. Ich erwähnte bereits, daß Deutschland mit einer Auslandsverschuldung von nicht weniger als 25 Milliarden Reichsmark in die Krise von 1931 hineingegangen ist. Wenn es überhaupt noch eines Beweises bedurft hätte, so hat es sich im Laufe dieser Krise einwandfrei erwiesen, daß die deutsche Ausfuhr nicht so weit gesteigert werden konnte, um über den notwendigen Einfuhrbedarf an Gütern hinaus auch noch den Schuldendienst zu bestreiten. Diese Unmöglichkeit lag nicht so sehr darin begründet, daß Deutschland die erforderliche Menge von Ausfuhrgütern nicht hätte produzieren können, sondern darin, daß das Ausland nicht in der Lage war oder nicht wünschte, diese Menge deutscher Waren abzunehmen. Die amerikanischen und englischen Zollerhöhungen, die französischen Kontingentsfestsetzungen usw. beweisen dies mit absoluter Deutlichkeit. Es lastete auf Deutschland also die Notwendigkeit, erstens eine gewisse Einfuhr zu bezahlen und zweitens den unproduktiven Schuldendienst fortzusetzen. Beides zusammen überstieg die deutschen Kräfte, und deshalb war die erste Maßnahme, die einer neuen Handelspolitik Deutschlands vorauszugehen hatte, daß man den Anleihedienst begrenzte. So blieb keine andere Möglichkeit mehr als die, das Ihnen bekannte Transfermoratorium in steigendem Ausmaß einzuführen.

Wurde so der Auslandsschuldendienst begrenzt, so bedurfte auch der reine Güterverkehr einer Regulierung, wenn das Devisenproblem gemeistert werden sollte. Vom Führer mit der Aufgabe betraut, dieses Problem zu lösen, bin ich als Wirtschaftsminister[1]) wieder auf ganz einfache und primitive Gedankengänge zurückgegangen. Ich sagte mir, daß man niemals mehr kaufen soll, als man bezahlen kann, und wenn man nicht alles bezahlen kann, was man gern kaufen möchte, so muß man zunächst das kaufen, was einem am dringendsten fehlt, und muß es dort kaufen, wo man es am vorteilhaftesten erlangen kann. Hier spielt nun überall wieder die Gefahr einer fehlerhaften Anwendung der ihrer Voraussetzungen verlustig gegangenen klassischen Nationalökonomie hinein. Die klassische Theorie antwortet auf die Frage, wo man am vorteilhaftesten kauft, sofort: selbstverständlich dort, wo es am billigsten ist. Das ist heute völlig undenkbar. Wenn man nämlich keine Devisen zum Bezahlen hat, dann interessiert einen die Frage, wo es am billigsten ist, nicht mehr so sehr als die Frage, wo man überhaupt die Ware bekommen kann. Und wenn der Verkäufer der Ware nicht darauf besteht, nur gegen ausländische Zahlungsmittel, die ich nicht habe, zu verkaufen, sondern wenn er bereit ist, als Zahlungsgegenwert Ware ab-

[1]) Vom 30. Juli 1934 bis 26. November 1937.

091370

H3209 – 0014

zunehmen, dann ist das ganze klassische nationalökonomische Gesetz seiner Grundlage beraubt. Alles in allem lag diesem einfachen und primitiven Wirtschaftsgedanken die Hauptfrage zugrunde, ob die übrige Welt willens oder in der Lage sei, auf einen Markt von damals fast 70, heute 80 Millionen Menschen zu verzichten, oder ob sie diesen Markt sich zu erhalten wünschte. Nach der klassischen Theorie hätte man annehmen sollen, daß jemand, der die von ihm gewünschte Devisenzahlung für seine Waren nicht bekommt, auf den Verkauf dieser Waren verzichtet. Weit gefehlt. Es hat sich erwiesen, daß im Gegensatz zu allem, was bisher die klassische Nationalökonomie gelehrt hat, nicht der Produzent, sondern der Konsument der beherrschende Faktor im Wirtschaftsleben ist. Und diese These berührt sich ein wenig mit allgemeinen sozialen und politischen Beobachtungen, weil sie nämlich zu der Feststellung führt, daß die Zahl der Konsumenten wesentlich größer ist als die Zahl der Produzenten, eine Tatsache, die immerhin einen nicht unbeträchtlichen sozialen und politischen Druck ausübt.

Das neue Außenhandelssystem bedingte, daß Ausfuhr und Einfuhr unter eine gewisse Kontrolle genommen wurden, aber es hätte noch nicht notwendigerweise die ganze deutsche Handelspolitik in das Extrem bilateraler Handelsvertragssysteme hineinzudrängen brauchen, das wir heute als beherrschenden Faktor nicht nur in der deutschen Handelspolitik, sondern – anschließend an die deutsche Not – auch im übrigen Europa verbreitet finden und das unseren reichen Vettern in Amerika so sehr unsympathisch ist. Dieses extreme bilaterale Handelsvertragssystem wurde uns erst durch unsere Auslandsgläubiger aufgezwungen; denn diese glaubten, mit einer Kontrollierung unserer Exporte in ihre Länder ein geeignetes Mittel in die Hand zu bekommen, um sich für ihre Kapitalansprüche, die aus Deutschland nicht mehr voll befriedigt wurden, selbst bezahlt zu machen. Hier hat sich nun wieder eine überraschende Entwicklung ergeben, nämlich die, daß in den Gläubigerländern, die uns gegenüber zu diesem Clearingverkehr griffen, sich sehr bald ein Streit erhob, wer zu bevorzugen sei, der Warenexporteur, der gern nach Deutschland ausführen will, oder der Gläubiger, der Zinsen von Deutschland einkassieren will. Die praktische Entwicklung dieses Problems ist im wesentlichen zugunsten des Warenproduzenten gelaufen und weniger zugunsten des Kapitalgläubigers. Und wenn ich kurz vorher gesagt habe, daß der Konsument der entscheidende Faktor im Wirtschaftsleben geworden ist und nicht der Produzent, so wäre man beinahe versucht, hier ergänzend festzustellen, daß im Kredit- und Kapitalverkehr auch der Schuldner und nicht der Gläubiger letzten Endes die ausschlaggebende Stellung inne hat. Wenn der Schuldner durchaus nicht mehr zahlen kann, dann ist es Sache des Gläubigers, ihm zu helfen, oder er muß auf Zahlung verzichten. Anders liegt es natürlich, wenn der Schuldner nicht zahlen will; die Einhaltung von Verträgen und die Achtung vor dem privaten Eigentum wird immer die Grundlage alles sozialen Zusammenlebens bilden müssen. Jedenfalls ist es eine irrige Annahme, das bilaterale Handelssystem, durch welches Deutschland heute seine

094371

H3209 – 0015

Wirtschaft stützt, sei unserem willkürlichen Ermessen entsprungen. O nein! Es ist eine natürliche und notwendige Folge der Kriegstribute und der aufgezwungenen Clearings gewesen. Sobald unsere Gläubiger bereit sein werden, mit uns gemeinsam die Folgen der Kriegstribute zu beseitigen, wird ein Tor geöffnet sein, durch welches wir zu mehrseitigem Handel und zum freien internationalen Zahlungsverkehr kommen können.

Auch der Neue Plan also ist nicht irgend etwas Unnatürliches oder Phantastisches. Er ist aus den Notverhältnissen entsprungen, in die Deutschland durch das Ausland hineingezwungen wurde. Das Ungewöhnliche des Neuen Planes lag lediglich darin, daß seine Konzeption sich von allen vorgefaßten theoretischen Lehrmeinungen frei machte und aus der Praxis heraus diejenigen Maßnahmen ergriff, die Abhilfe schaffen konnten. Wenn etwas an dem Neuen Plan wunderbar ist, so ist es auch hier wiederum nur die Tatsache, daß es der deutschen Organisation unter nationalsozialistischer Führung gelungen ist, den ganzen Apparat der Einfuhrüberwachung, der Ausfuhrlenkung und der Ausfuhrförderung in kürzester Zeit aus dem Boden zu stampfen. Der Erfolg des Neuen Planes läßt sich an Hand weniger Zahlen nachweisen. In Mengen gerechnet, ist zwischen 1934 und 1937 die Einfuhr von Fertigwaren um 63 Prozent gedrosselt worden. Dafür konnte erhöht werden die Einfuhr von Erzen um 132, von Erdöl um 116, von Getreide um 102 und von Kautschuk um 71 Prozent. Wertmäßig ist der Passivsaldo der Handelsbilanz, der 1934 noch 284 Millionen Reichsmark betrug, 1936 einem Aktivsaldo von 550, 1937 von 443 Millionen Reichsmark gewichen. Die sogenannten neuen Warenschulden schließlich sind innerhalb von zwei Jahren auf ungefähr die Hälfte zurückgeschraubt worden.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, wieviel der Neue Plan zur Durchführung der Aufrüstung wie zur Sicherung unserer Ernährung beigetragen hat. Freilich haben wir für diesen Erfolg auch einen hohen Preis zahlen müssen. Ich habe seinerzeit meinen eigenen Neuen Plan als scheußlich bezeichnet und stehe auch heute noch zu diesem Urteil. Wie mir erzählt wurde, hat einmal auf einer Ausstellung ein Kaufmann, der Ärger und Humor glücklich zu verbinden wußte, seinen Stand mit den ungefähr 40 Formularen geschmückt, die der Außenhandelskaufmann heute ausfüllen muß, um ein Geschäft zu tätigen. Ich bin genau derselben Ansicht wie dieser Mann, aber helfen kann man ihm zur Zeit nicht. Ich bilde mir wirklich nicht ein, daß der Kaufmann in der Hauptsache dazu da sei, um den Anforderungen einer Wirtschaftsbürokratie Folge zu leisten. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß er möglichst viele und gute Geschäfte tätigen und möglichst wenig Formulare beschreiben soll. Solange aber unsere Devisennot besteht, solange muß auch die Außenhandelskontrolle erhalten bleiben.

Wann wir sie werden abbauen können, weiß ich nicht. Ich hoffe, daß es bald der Fall sein wird. Zu den Voraussetzungen dafür zählen die Erleichterung unserer Rohstofflage und die Vereinigung der Konflikte zwischen Schulden- und Handelspolitik, wobei ich die Hoffnung nicht zu unterdrücken vermag, daß

094372

H3209 – 0016

in den Vereinigten Staaten von Amerika endlich einmal ein nationalökonomisches Lehrbuch erscheinen möge, das wenigstens ein Stückchen über das Vorkriegsdenken hinausführt. Solange diese Voraussetzungen noch nicht erfüllt sind, muß der Neue Plan in Kraft bleiben. Er erfordert zwar Opfer, aber er verbürgt auch den Erfolg. Ja, das Schwergewicht der 80 Millionen deutscher Verbraucher wirkt sich insbesondere auf die europäische Umwelt so stark aus, daß noch gar nicht abzusehen ist, welche wirtschaftspolitischen Umgestaltungen im europäischen Verkehr sich daraus ergeben werden. In jedem Falle hat der Neue Plan eines gezeigt, daß wir nicht beabsichtigen, unser Wirtschaftsleben von außen dirigieren zu lassen, sondern es selbst zu gestalten wünschen und dazu in der Lage sind.

Ich möchte aber aus diesen beiden Feststellungen über das Finanzwunder und den Neuen Plan nun nicht etwa eine bloß polemische Haltung dem Auslande gegenüber abgeleitet sehen. Vielmehr hoffe und wünsche ich, daß meine Ausführungen zu einer Erkenntnis diesseits und jenseits unserer Grenzen führen möchten. Diese Erkenntnis ist, daß die Völker dem Wohlstand ihrer Volksgenossen durch eine friedliche Politik gegenseitiger Interessenrücksicht und des Verständigungswillens besser dienen als durch den Versuch der Unterdrückung und Vergewaltigung, wie sie Versailles versucht hat. Völkischer, wirtschaftlicher und kultureller Lebenswille einer großen Nation läßt sich auf die Dauer nicht knechten. Auch aus Zeiten größter Schwäche und schlimmster Vergewaltigung erwachsen immer wieder nationale Kräfte, denen rechtzeitig ein Führer ersteht, wie er uns in Adolf Hitler erstanden ist. Was wir heute durchmachen, ist Kampfzeit, und Maßnahmen der Kampfzeit sind oft rauh und nicht immer konventionell. Sich an diese Nachteile von Kampfmethoden anzuklammern und darum weniger friedenswillig zu sein, ist töricht. Wenn das Ausland bereit ist, unsere Lebensrechte und unsere Lebensmöglichkeiten zu achten, so werden auch die Methoden friedensmäßige werden.

121. Schreiben des Beauftragten für den Vierjahresplan Generalfeldmarschall Göring an Reichswirtschaftsminister Funk vom 14. Dezember 1938.[1])

Die Durchführung des Vierjahresplans hat zur vollen Inanspruchnahme der deutschen Wirtschaft und zum Volleinsatz aller Werktätigen geführt. Eine Erhöhung der deutschen Wirtschaftskraft kann noch durch Verbesserung der Be-

[1]) VB. vom 21. Dezember 1938; Ministerialblatt für Wirtschaft, S. 310. Vgl. dazu auch Funks Aufruf an die deutsche Wirtschaft vom 1. Januar 1939 (oben S. 517). — Auf Grund dieses Auftrages ordnete Funk die Errichtung eines seiner Aufsicht unterstehenden Reichsausschusses für Leistungssteigerung als eines beratenden Organes an (unter Leitung des Diplom-Ingenieurs Georg Seebauer, des Leiters des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit).

094373

H3209 – 0017

triebsanlagen, Produktionsmittel und Produktionsmethoden sowie Steigerung des Leistungsvermögens der in der deutschen Wirtschaft Tätigen erfolgen. Die zu diesem Zwecke durchzuführenden Maßnahmen bedürfen einer einheitlichen Lenkung. Aus diesem Grunde beauftrage ich Sie, alle Maßnahmen, die zur Leistungssteigerung der deutschen Wirtschaft erforderlich sind, anzuordnen und durchzuführen. Sie sind ermächtigt, die sich aus dieser Zielsetzung ergebenden Aufgaben auf die zur Durchführung geeigneten Stellen – bei Inanspruchnahme von Dienststellen der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers – zu verteilen und die Aufgabengebiete dieser Stellen untereinander abzugrenzen.

Ihrer Weisungsbefugnis unterstehen zur Erfüllung dieser Aufgaben alle in die Gesamtplanung einzubeziehenden Organisationen und Unternehmen.

122. Der Stand der Arbeitslosigkeit in Deutschland an jedem Monatsende in den Jahren 1937 und 1938.[1])

	1937	1938	Österreich 1938
Januar	1 853 460	1 051 745	—
Februar	1 610 947	946 334	—
März	1 245 338	507 649	536 000 [2])
April	960 764	422 530	416 000
Mai	776 321	338 355	350 228
Juni	648 421	292 240	274 627
Juli	562 892	218 328	151 026
August	509 257	178 762	113 655
September	**469 053**	155 996	**99 865**
Oktober	501 847	163 949	106 543
November	572 621	**152 430**	112 745
Dezember	994 784	455 656	150 058 [3])

[1]) Nach den Angaben der Zeitschrift: Der Arbeitseinsatz im Deutschen Reich und des Deutschen Reichsanzeigers und Preußischen Staatsanzeigers. – Der niedrigste Stand der Arbeitslosigkeit in jedem Jahre ist in der obigen Tabelle durch Fettdruck gekennzeichnet. Für die Jahre 1933 bis 1936 vgl. Dokumente der deutschen Politik Bd. 5, Dok. 62.

[2]) Mitte März 1938 betrug die Zahl der Arbeitslosen in Österreich etwa 600 000. Da in Österreich vor der Machtübernahme zahllose Arbeitslose ausgesteuert waren und daher nicht gezählt wurden, lassen sich für Januar und Februar keine Vergleichszahlen angeben.

[3]) Im Sudetengebiet betrug die Arbeitslosigkeit Ende Dezember 1938: 218 074 Arbeitslose (Ende November: 196 076).

H3209-0017A

USA - 622

H-3209

USA 622 (EC 611)

Filed Jan. 10, 1946 "Großdeutschland 1938"

USA-622
(EC-611)

H3209 - 0018